

„Weniger verwalten – mehr fahnden“

Interviews mit den innenpolitischen Sprecherinnen und Sprechern

Die jüngsten Terroranschläge in London haben auch hierzulande die Menschen verunsichert. Der Ruf nach strengeren Kontrollen und härteren Gesetzen wird lauter. Doch bedeutet mehr Überwachung zwangsläufig mehr Sicherheit? Einen hundertprozentigen Schutz kann es nicht geben. Trotzdem ist die Frage erlaubt, wie es in Nordrhein-Westfalen derzeit um die Sicherheit bestellt ist – gerade im Hinblick auf die bevorstehende Fußballweltmeisterschaft. „Landtag intern“ sprach darüber mit Theodor Kruse (CDU), Dr. Karsten Rudolph (SPD), Monika Düker (GRÜNE) und Horst Engel (FDP).

Das Bundesverfassungsgericht verbietet die präventive Telefonüberwachung nach niedersächsischem Vorbild. Gleichzeitig fordern viele Politiker eine härtere Gangart bei der inneren Sicherheit. Gibt es ähnliche Bestrebungen auch in NRW?

Kruse: Die Entscheidung der Richter des Bundesverfassungsgerichts haben wir mit Respekt zur Kenntnis genommen, diese schwächt aber die Polizei im Kampf gegen den Terrorismus. Datenschutz darf nicht dazu führen, dass ein effektives Handeln der Polizei nicht mehr möglich ist. Für NRW bedeutet das, dass wir das



Theodor Kruse (CDU)

Urteil detailliert prüfen und bei einem etwaigen Gesetzesvorhaben in NRW berücksichtigen werden. Gegebenenfalls werden wir eine Modernisierung der Strafprozessordnung im Grundgesetz anregen. Die Zeit, aus der das Grundgesetz stammt, lässt sich nicht mit der heutigen Gefährdungslage vergleichen. Hier sind Veränderungen seitens des Staates überlegenswert.

Dr. Rudolph: Das Bundesverfassungsgericht hatte zwei Gründe, die präventive Telefonüberwachung, wie in Niedersachsen praktiziert, abzulehnen. Zum einen aus formellen Gründen, da in diesem Bereich das Gesetzgebungsrecht

beim Bund liegt. Zum anderen aus materiellen Gründen, weil die Karlsruher Richter die Begründung für Telefonüberwachungen als zu unspezifisch werteten. Vor diesem Hintergrund gehe ich nicht davon aus, dass NRW die gleichen Fehler begehen wird. Abgesehen davon ist die Frage legitim, ob die derzeitigen Mittel der inneren Sicherheit hierzulande ausreichen, oder ob sie punktuell verschärft werden müssen. Wir sollten uns noch darüber im Klaren sein, dass es einen hundertprozentigen Schutz vor terroristischen Anschlägen niemals geben kann.

Düker: Die vermeintlich einfache Gleichung mancher Politiker: mehr Überwachung gleich mehr Sicherheit geht nicht auf. Einen absoluten Schutz vor Terroranschlägen kann es nicht geben. Wer dieses verspricht, handelt unredlich. Das zeigen auch die Ereignisse in London: Die flächendeckende Videoüberwachung hat die Anschläge nicht verhindern können. Was immer wir im Hinblick auf eine bessere Prävention und Bekämpfung von Terrorismus in Erwägung ziehen: Oberste Maxime unserer Politik muss immer das Gleichgewicht zwischen Sicherheit und Freiheit sein. Sicherheit ohne Freiheit ist kein erstrebenswertes Ziel. Das Bundesverfassungsgericht hat mit seinem Urteil zur präventiven Telefonüberwachung die Grenze richtig gesteckt: Die Verhältnismäßigkeit muss gewahrt bleiben. Der Zweck heiligt eben nicht die Mittel!

Engel: Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts stellt klar, dass es im Spannungsverhältnis zwischen Sicherheit und Freiheit einer ausgewogenen und verfassungsgemäßen Balance bedarf. Auch in Zeiten, wo schreckliche Anschläge wie die in London und Madrid passieren, darf der Staat nicht abstrakte Sicherheitsgesetze erlassen und nicht hinreichend



Dr. Karsten Rudolph (SPD)

bestimmte polizeiliche Eingriffe erlauben. Daher spricht sich die FDP-Fraktion gegen die präventive Telefonüberwachung auf Landesebene aus. Die entsprechenden gesetzlichen Regelungen sind auf Bundesebene abschließend in der Strafprozessordnung geregelt. Ein zentraler Punkt ist für uns die Beseitigung bestehender Vollzugsdefizite bei den Sicherheitseinrichtungen. Die Freiheit des Einzelnen ist das Immunsystem unserer weltoffenen Gesellschaft. Es muss sorgfältig darauf geachtet werden, dass nicht viele „Viren“ das Gesamtsystem kippen.

Großereignisse wie die Fußballweltmeisterschaft 2006 stehen vor der Tür. Ist NRW für diese Herausforderung gut gewappnet – auch ohne den digitalen Polizeifunk?

Kruse: Ob es möglich sein wird, den digitalen Polizeifunk bis zur Fußballweltmeisterschaft 2006 in NRW einzuführen, ist fraglich. Wir werden uns aber auf Bundesebene für ein gemeinsames Lage- und Analysezentrum von Bundesnachrichtendienst, Bundesamt für Verfassungsschutz, Militärischer Abschirmdienst und Bundeskriminalamt einsetzen. Zur Verbesserung des Informationsaustausches zwischen den Sicherheitsbehörden halten wir außerdem die Einrichtung einer zentralen Anti-Terror-Datei für dringend notwendig, um den Informationsaustausch unter den Sicherheitsbehörden zu verbessern. Darüber hinaus müssen wir die Instrumente, die das Zuwanderungsgesetz seit dem 1. Januar 2005 bereithält, konsequent anwenden.

Dr. Rudolph: Mit Blick auf die Fußball-WM 2006 war der Weltjugendtag sicherlich eine wichtige Erfahrung: Wir werden uns von den Sicherheitsexperten erklären lassen, was gut funktioniert hat und wo nachgebessert werden muss. In der Frage der technischen Hilfsmittel sind wir in NRW relativ weit. Noch im letzten Nachtragshaushalt hat der Landtag 275 Millionen Euro eingestellt, um Polizei- und Rettungskräfte rechtzeitig zur WM mit digitaler Funktechnik auszustatten. Das Problem ist, dass der Gesetzentwurf des Bundesinnenministeriums zur Einführung des Digitalfunks derzeit im Vermittlungsausschuss des Bundesrates auf Eis liegt. Einige unionsgeführte Länder fordern eine Überarbeitung des Entwurfs. Aufgrund dieser Blockade rechne ich nicht mehr damit, dass wir den Digitalfunk rechtzeitig verfügbar machen können.

Düker: Polizei und Rettungsdienste haben den Weltjugendtag gut über die Bühne gebracht. Die erfolgreiche Generalprobe lässt für die Weltmeisterschaft hoffen, auch wenn dort auch andere



Monika Düker (GRÜNE)

Gäste zu erwarten sind. Dennoch brauchen wir den digitalen Polizeifunk. Wir erwarten von der neuen Landesregierung, dass unsere Vorarbeiten zur Einführung des Digitalfunks weitergeführt werden und unsere Polizei den Digitalfunk so schnell wie möglich einsetzen kann. Weitere Verzögerungen können wir uns im Interesse der Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger nicht leisten.

Engel: Die Polizei in NRW leistet vorbildliche Arbeit und ist für Großereignisse wie die WM 2006 gut gewappnet. Dies hat der überaus

erfolgreiche Verlauf des Weltjugendtages mit über einer Millionen Menschen in Köln und Umgebung gezeigt. Hingegen verlangt das Hooliganproblem natürlich ergänzende Einsatzkonzeptionen. Auch können Terroranschläge nicht gänzlich ausgeschlossen werden. Aber eine effektive länderübergreifende Arbeit bereits im Vorfeld der WM, die Präsenz der Polizei und gezielte Kontrollen an gefährdeten Orten werden den Besuchern größtmögliche Sicherheit bieten. Der digitale Polizeifunk muss ungeachtet hiervon schnellstmöglich flächendeckend eingeführt werden. NRW wird hierbei eine Vorreiterrolle übernehmen.

Die Neuordnung der Polizei ist angekündigt. Mehr Präsenz auf der Straße ist gewollt. Lässt sich dies mit den geplanten Mitteln der derzeitigen Landesregierung realisieren und finanzieren?

Kruse: Aus dem vorhandenen Personal der Landesverwaltung werden wir qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gewinnen, die die Verwaltungsarbeit bei der Polizei übernehmen. Durch diese Maßnahmen entstehen keine Mehrausgaben, weil die Binnenorganisation optimiert wird. Durch die Bündelung von besonderen Aufgaben – zum Beispiel Mordkommission, Staatsschutz und Terrorbekämpfung – werden überflüssige Bürokratiestrukturen abgeschafft und Effizienzgewinne erzielt. Außerdem werden die bisher bei den Bezirksregierungen angesiedelten Polizeiabteilungen aufgelöst und verbleibende Aufgaben an Polizeibehörden verlagert. Auch durch diese Umstrukturierungen werden Synergieeffekte erzielt und Kosten eingespart.

Dr. Rudolph: Wer mehr Polizei auf die Straße bringen möchte, muss eine grundlegende Polizeireform wagen. Diese wird anfangs zwar mehr Geld kosten, auf längere Sicht jedoch strukturelle Einsparungen ermöglichen. Die jetzige Landesregierung lässt jedoch eine grundlegende Polizeireform vermissen, da sich CDU und FDP nicht auf ein Wie einigen können. Der neue Innenminister beweist zudem wenig Weitblick, wenn er jetzt an einigen Stellen wie der Autobahnpolizei, der Wasserschutzpolizei und der Reiterstaffel eine Neuordnung ankündigt, ohne dass ein tatsächlicher Nutzen



Horst Engel (FDP)

Fotos: Schälte/Meyer

erkennbar ist. Mein Vorschlag: eine gut vorbereitete, grundlegende Polizeireform, die nach der Fußball-WM startet.

Düker: Die Pläne der neuen Landesregierung für die Neuordnung der Polizei bringen nicht mehr Polizei auf die Straße. Nicht Flickschusterei an einzelnen Teilen der Polizeiorganisation ist notwendig, sondern ein Konzept aus einem Guss. Rot-Grün hatte mit der deutlichen Reduzierung der Behörden ein solches Konzept, welches Einsparungen und mehr Personal auf der Straße gebracht hätte. Für diese Reform fehlt der neuen Landesregierung aus Rücksicht auf die Lobby-Interessen der Landräte der Mut. Nur mit der Einführung der Reiterstaffeln und dem „Reförmchen“ bei der Autobahnpolizei lässt sich die Polizei nicht fit machen für die neuen Herausforderungen im Kampf gegen Kriminalität und Terrorismus. Die Chance für eine wirkliche Neuordnung der Polizei und damit für mehr Sicherheit wird von Schwarz-Gelb ohne Not verspielt.

Engel: Für die Neuanstellung von dringend benötigten Polizeibeamten über den Pensionsausgleich hinaus fehlt das Geld, da Rot-Grün eine katastrophale Haushaltslage mit mehr als 109 Milliarden Euro Schulden hinterlassen hat. Einzige Möglichkeit, mehr Polizisten auf die Straße und zum Bürger zu bringen, ist eine Binnenreform der Polizei. Dabei werden 1.840 Beamte aus der Verwaltung für den operativen Dienst im Wach- und Wechseldienst, Bezirks- und Ermittlungsdienst gewonnen. Weniger verwalten – mehr fahnden ist das Ziel.

Die Interviews führte Axel Bäumer.